



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

ATTENTION:
Due to COVID- 19,
our store is closed
to the public.

HOWEVER

Mai – Juni 2020

Umfrage

Steuerliche Verwaltungskosten, steuerliche Corona-Soforthilfemaßnahmen und Investitionen in der Krise

Executive Summary

Heile | Huber | Maiterth | Sureth-Sloane



UNIVERSITÄT
PADERBORN

DFG

Deutsche
Forschungsgemeinschaft



Inhaltsverzeichnis

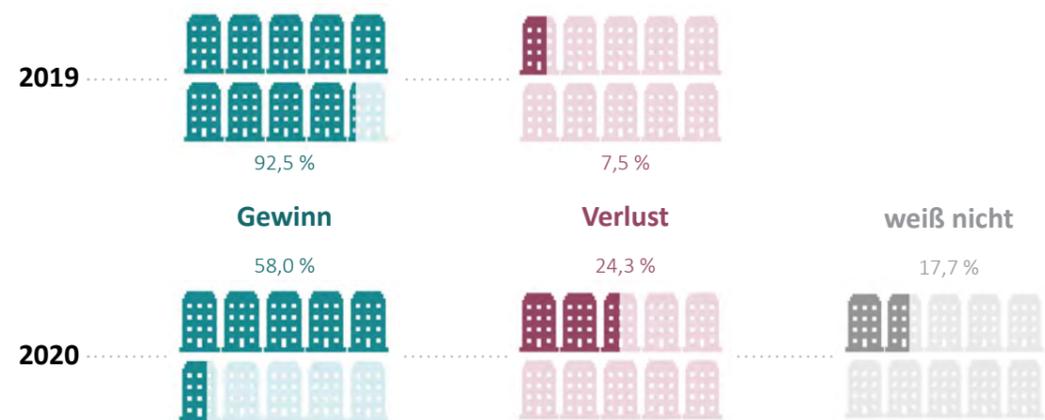
2-3	Wichtigste Ergebnisse
4	Stichprobe
5	Corona-Krise – allgemeine Auswirkungen
6	Corona-Krise – steuerliche Maßnahmen I
7	Corona-Krise – steuerliche Maßnahmen II
8	Investitionen während und nach der Corona-Krise
9	Steuerlicher Verwaltungsaufwand in der Krise
10	Steuerlicher Verwaltungsaufwand im Allgemeinen
11-12	Handwerksbetriebe vs. weitere Unternehmen
13	Themen, die die befragten Unternehmen beschäftigen
14	Danksagungen
15	Sonderforschungsbereich

Dieser Bericht stellt die deskriptiven Ergebnisse der Befragung „Steuerliche Verwaltungskosten, steuerliche Corona-Soforthilfemaßnahmen und Investitionen in der Krise“ vor. Die Online-Befragung erfolgte im Zeitraum vom 13. Mai 2020 bis zum 25. Juni 2020. Insgesamt haben 390 Unternehmen, die zumeist im Raum Ostwestfalen-Lippe ihren Geschäftssitz haben, an der Befragung teilgenommen. Davon haben 305 Unternehmen den Fragebogen vollständig beantwortet.

Wichtigste Ergebnisse

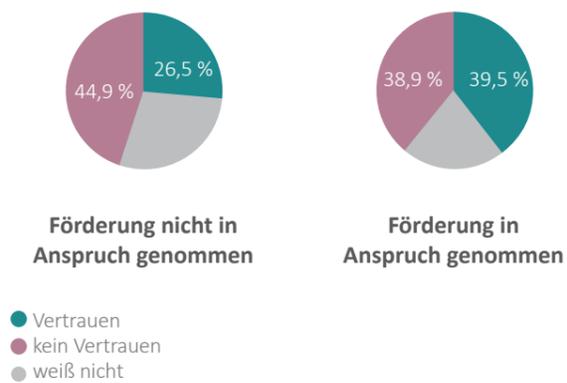
Die Corona-Krise trifft kleine und mittelständische Unternehmen hart

Die Corona-Krise hat für die Mehrzahl der Unternehmen negative Folgen: Mehr als 55 % der Unternehmen sehen sich mit einer verschlechterten Geschäftslage konfrontiert; für weitere knapp 10 % der Unternehmen stellen die Corona-Krise und ihre Auswirkungen eine Existenzbedrohung dar. Dies spiegelt sich auch in dem Anteil der Befragten wider, die in 2020 einen Gewinn bzw. Verlust erwarten:



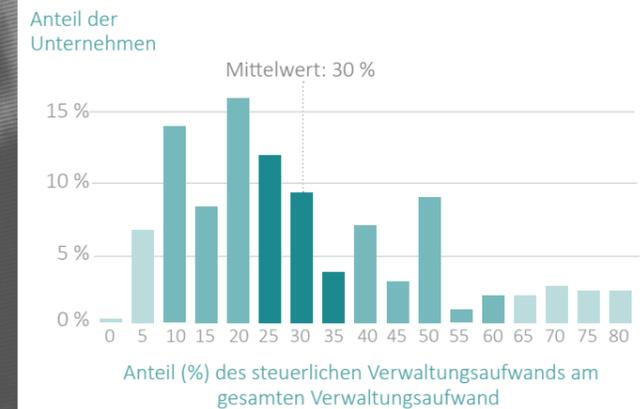
„Unbürokratische Bearbeitung“ von Anträgen auf steuerliche Erleichterungen, die bei der Bewältigung der Corona-Krise unterstützen sollen

Die befragten Unternehmen zeigen sich skeptisch: Unter den Unternehmen, die keine Förderung in Anspruch genommen haben, vertrauen lediglich 27 % auf die angekündigte „unbürokratische Bearbeitung“ der Anträge. Unter den Unternehmen, die bereits eine Förderung in Anspruch genommen haben, zeigt sich jedoch ein Aufwärts-Trend: Knapp 40 % vertrauen auf die „unbürokratische Bearbeitung“.



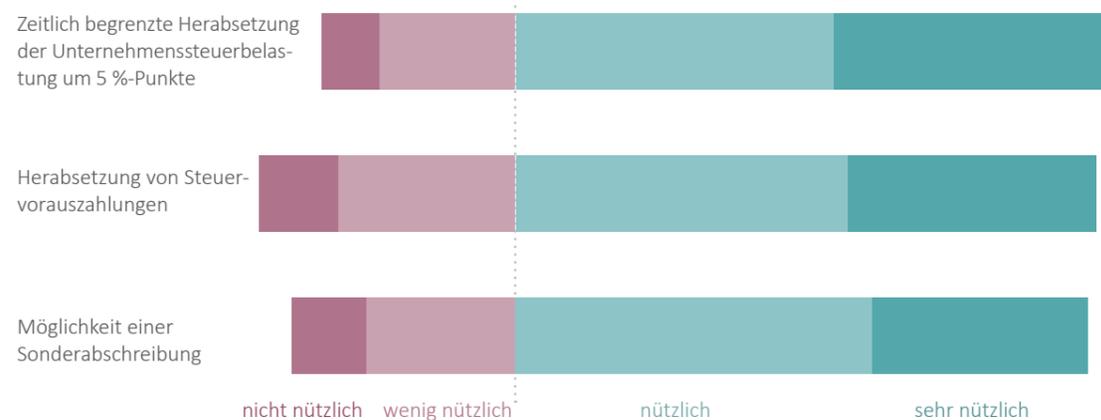
Steuerlicher Bürokratieaufwand auch in Nicht-Krisenzeiten ein Hindernis

Bürokratiehürden sind aber nicht nur in Krisenzeiten relevant, sie nehmen auch auf den unternehmerischen Alltag Einfluss: Knapp 65 % der Unternehmen geben an, dass der steuerliche Verwaltungsaufwand für sie nicht leicht zu bewältigen ist. Der steuerliche Verwaltungsaufwand macht im Durchschnitt circa ein Drittel des gesamten Bürokratieaufwands aus.

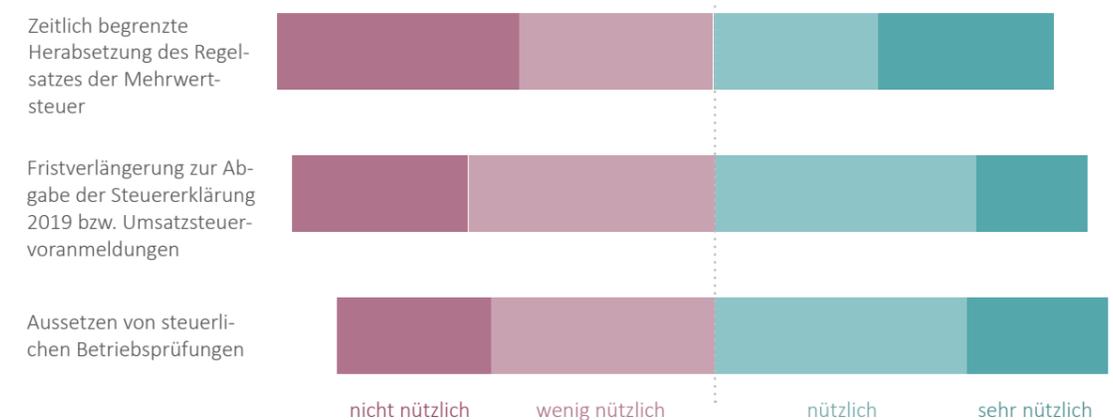


Nützlichkeit der steuerlichen Hilfsmaßnahmen des Staates

Eine zeitlich begrenzte Reduzierung der Unternehmenssteuerbelastung als steuerliche Maßnahme zur Bewältigung der Corona-Krise erhält die höchste Zustimmung.

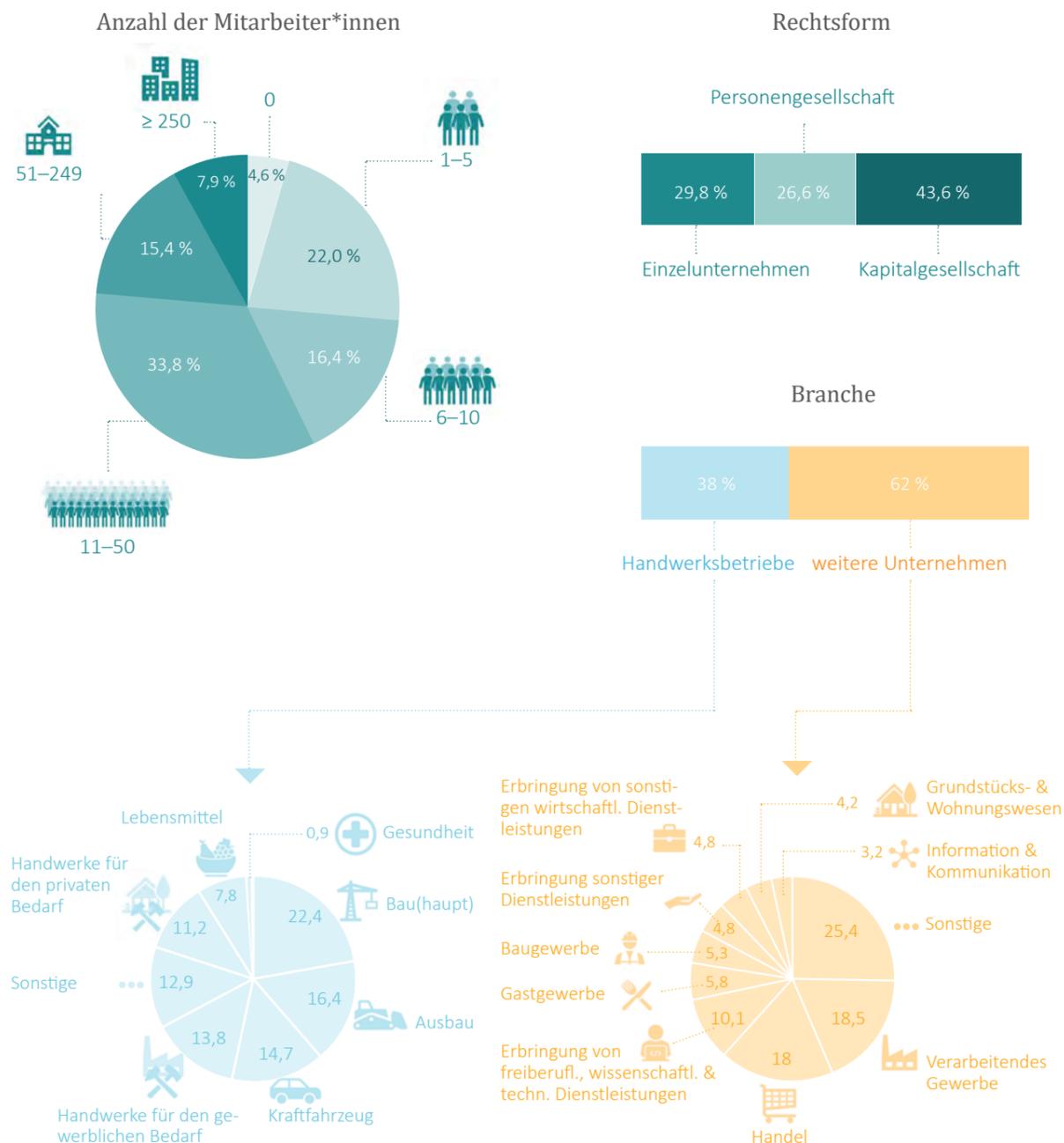


Eine vorübergehende Senkung des Mehrwertsteuersatzes wird hingegen als wenig/nicht nützlich angesehen.



Stichprobe

Unsere Stichprobe setzt sich aus insgesamt 305 Unternehmen zusammen. Der Großteil der Unternehmen hat ihren Geschäftssitz in Nordrhein-Westfalen (91,8 %). Über die Hälfte der befragten Unternehmen sind entweder Einzelunternehmen (29,8 %) oder Personengesellschaften (26,6 %). 43,6 % der Unternehmen sind Kapitalgesellschaften. Mehr als 90,0 % der befragten Unternehmen können als kleine oder mittelständische Unternehmen klassifiziert werden.¹ Darunter sind Unternehmen mit 11 bis 50 Mitarbeiter*innen die am stärksten vertretene Teilgruppe (33,8 %). Bei über einem Drittel der befragten Unternehmen handelt es sich zudem um Handwerksbetriebe (38,0 %).



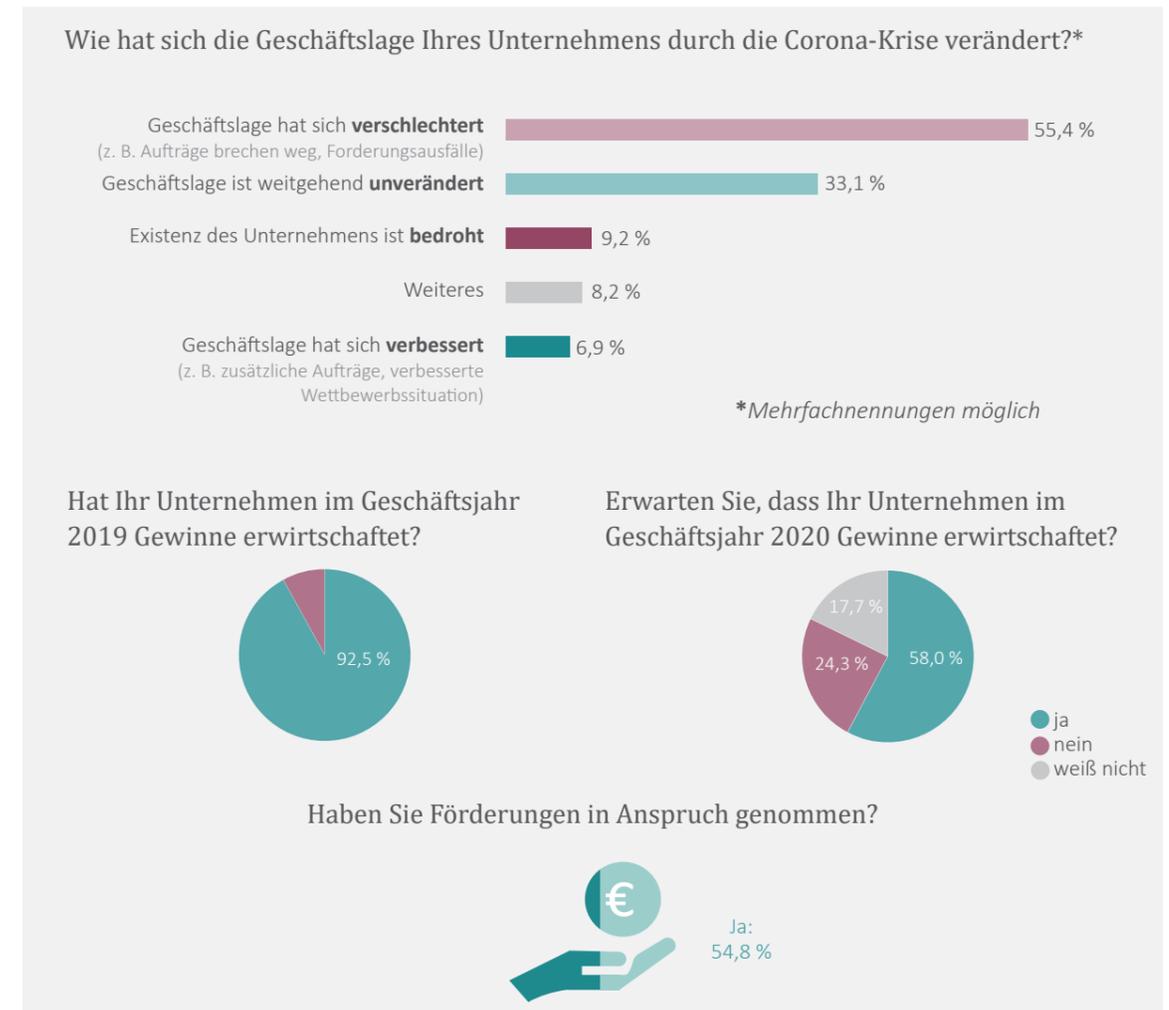
¹ Die Bestimmung der Größenklassen erfolgt in Anlehnung an § 267 HGB.

Corona-Krise – allgemeine Auswirkungen

Die Corona-Pandemie hat sich in den vergangenen Monaten stark auf die Wirtschaft ausgewirkt – und die Folgen halten nach wie vor an. Dies zeigen auch die Antworten der vorliegenden Umfrage.

55,4 % der befragten Unternehmen geben an, dass sich die Geschäftslage durch die Corona-Krise verschlechtert hat. Knapp 10 % aller Unternehmen sehen ihre Existenz durch die Krise bedroht. Umsatz- sowie Auftragseinbußen, höhere Kosten durch zusätzlichen Hygieneaufwand und Einschränkungen in den Verkaufsflächen sind einige der genannten Herausforderungen. Doch es gibt auch einige wenige Krisengewinner: 6,9 % der befragten Unternehmen können eine verbesserte Geschäftslage verzeichnen.

Die Gewinnerwartungen bleiben hinter den Ergebnissen des vergangenen Jahres zurück. Während im Geschäftsjahr 2019 noch 92,5 % der Unternehmen Gewinne erzielen konnten, erwarten nur noch 58,0 % der befragten Unternehmen in 2020 einen Gewinn. Dagegen befürchten 24,3 % der Unternehmen in 2020 einen Verlust zu erwirtschaften und 17,7 % können zum Zeitpunkt der Umfrage nicht abschätzen, ob sie das Jahr mit einem Gewinn oder Verlust abschließen werden.



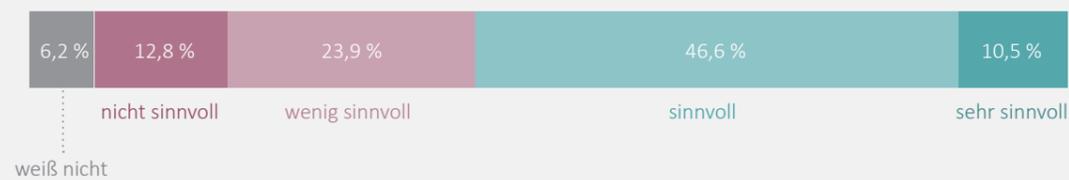
Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Corona-Krise die Mehrheit der Unternehmen vor unvorhersehbare Probleme stellt. Förderungen des Bundes oder der Länder zur Bewältigung der Corona-Krise erscheinen daher notwendig. Die Ergebnisse der Umfrage untermauern diese Einschätzung: Insgesamt haben bereits 54,8 % der in dieser Umfrage partizipierenden Unternehmen Förderungen in Anspruch genommen.

Corona-Krise – steuerliche Maßnahmen I

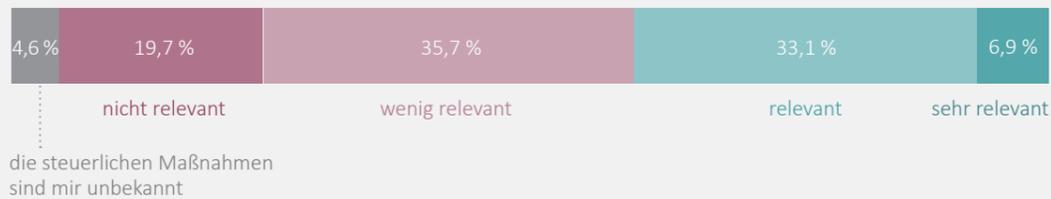
Unternehmen können Unterstützungen in verschiedenen Formen beantragen: Sie reichen von Kurzarbeitergeld über bürokratische Erleichterungen bis hin zu monetären Soforthilfen. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen werden von insgesamt 57,0 % der befragten Unternehmen als (sehr) sinnvoll erachtet.

Darüber hinaus wurden von der Bundesregierung rein steuerliche Hilfsmaßnahmen erarbeitet, die das Ziel verfolgen, die Liquiditätssituation von Unternehmen zu verbessern und die Konjunktur anzukurbeln. Diese steuerlichen Maßnahmen werden im Vergleich zu den weiteren, nicht-steuerlichen Maßnahmen allerdings in über der Hälfte der Fälle als nicht oder wenig relevant wahrgenommen (55,4 %). Der Aussage, dass die Finanzverwaltung im Zusammenhang mit den steuerlichen Maßnahmen ausreichend Informationen zur Verfügung stellt, stimmen circa die Hälfte der befragten Unternehmen gar nicht oder eher nicht zu (48,9 %).

Wie sinnvoll erscheint Ihnen das gesamte Maßnahmenpaket, das die Regierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise ergriffen hat, für Ihr Unternehmen?



Wie relevant erscheinen Ihnen die bereits umgesetzten steuerlichen Maßnahmen zur Soforthilfe im Verhältnis zu anderen nicht-steuerlichen Maßnahmen bei der Bewältigung der Corona-Krise?



„Die Finanzverwaltung stellt ausreichend Informationen bereit, die für mein Unternehmen in der Corona-Krise eine Unterstützung bei steuerlichen Fragen darstellen.“



” Finanzamt als Dienstleister – [...] die Steuerpflichtigen müssen proaktiv auf für sie relevante Möglichkeiten hingewiesen werden. Die Informationen sind doch da.

Corona-Krise – steuerliche Maßnahmen II

Die vorangegangenen Ergebnisse zeigen, dass mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen die von der Bundesregierung umgesetzten steuerlichen Maßnahmen als vergleichsweise wenig relevant wahrnimmt. Nichtsdestotrotz zeigen sich bezüglich der Nützlichkeit bereits umgesetzter oder vorgeschlagener steuerlicher Maßnahmen klare Tendenzen:

Wie nützlich schätzen Sie die folgenden bereits umgesetzten oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise für Ihr Unternehmen ein?²



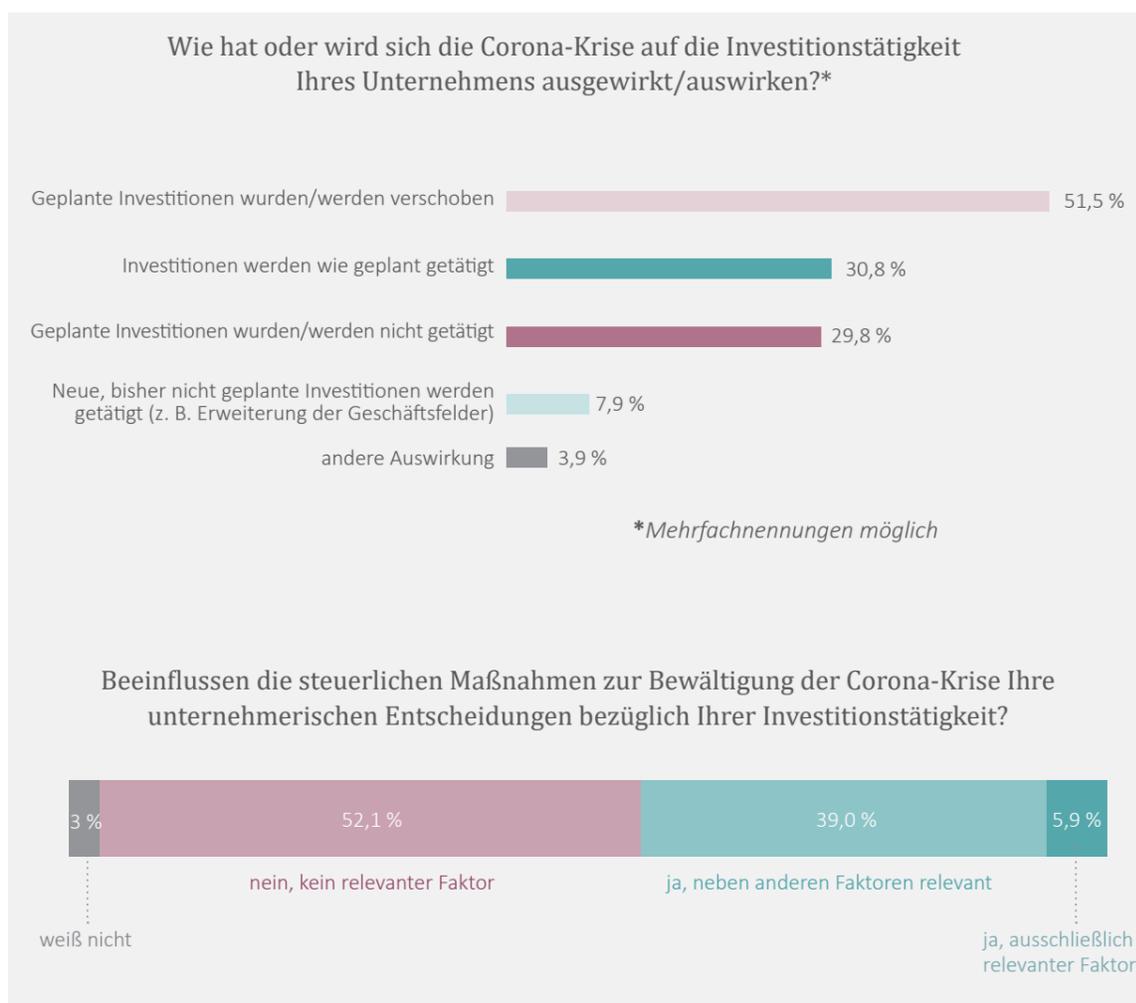
Insbesondere eine zeitlich begrenzte Herabsetzung der Unternehmenssteuerbelastung um 5 %-Punkte wird von den befragten Unternehmen als (sehr) nützlich bewertet (71,1 %). In über 60 % der Fälle werden zudem die folgenden Maßnahmen als (sehr) nützlich wahrgenommen: die Herabsetzung der Steuervorauszahlungen, die Möglichkeit der Vornahme einer Sonderabschreibung, die Möglichkeit zum pauschalen bzw. sofortigen Verlustrücktrag sowie die zinsfreie Stundung von Steuerzahlungen. In weniger als 50 % der Fälle werden hingegen das Aussetzen von Betriebsprüfungen, der Aufschub der Vollstreckung überfälliger Steuerschulden sowie die Fristverlängerung zur Abgabe der Steuererklärung 2019 bzw. Umsatzsteuervoranmeldungen als (sehr) nützlich eingeschätzt. Als am wenigsten nützlich wird die zeitlich begrenzte Herabsetzung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer angesehen.

² Die abgefragten Maßnahmen basieren auf dem Stand Mai 2020. Diese Maßnahmen setzen sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (Juli 2020) aus umgesetzten, modifiziert umgesetzten (*) und vorgeschlagenen (**) Maßnahmen zusammen. Umgesetzte Maßnahmen beziehen sich ebenfalls auf Maßnahmen, die lt. BMF von Einzelfallentscheidungen der Finanzämter, Kommunen o. Ä. abhängig sind oder nur in einzelnen Bundesländern Anwendung finden.

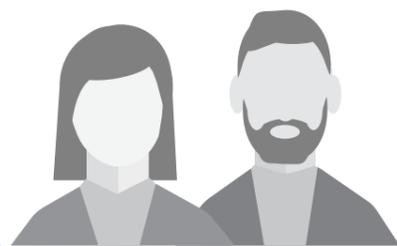
Investitionen während und nach der Corona-Krise

Sinkende Umsätze und ausbleibende Gewinne können auch auf das Investitionsverhalten von Unternehmen Einfluss nehmen. Im Zusammenhang mit der Corona-Krise zeigt sich, dass in 29,8 % der Fälle geplante Investitionen nicht getätigt wurden bzw. werden. Circa die Hälfte aller befragten Unternehmen gibt an, dass geplante Investitionen verschoben wurden bzw. werden (51,5 %).

Mit Blick auf die Frage, ob die steuerlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise die unternehmerische Investitionsentscheidung beeinflussen, zeigt sich eine Zweiteilung: Für 52,1 % der befragten Unternehmen sind die steuerlichen Maßnahmen kein relevanter Faktor für Investitionsentscheidungen. Hingegen sind die steuerlichen Maßnahmen für 44,9 % der Unternehmen neben anderen Faktoren relevant oder sogar der ausschließlich relevante Faktor.

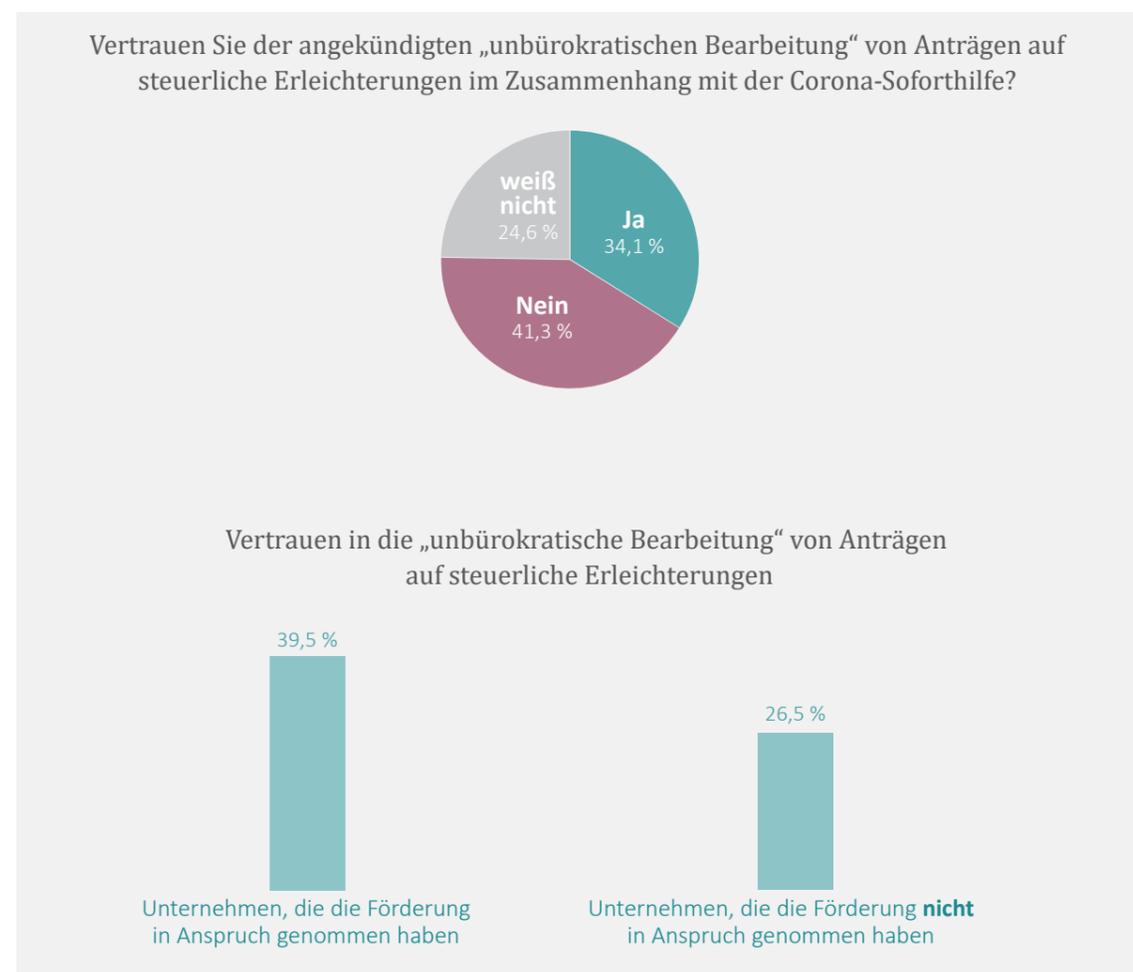


Die stetig steigende Steuer- und Abgabenlast, insbesondere bei den Personengesellschaften, bremst die Investitionsbereitschaft erheblich aus. Dringend notwendige Investitionen werden bei uns schon seit Langem aufgeschoben, um den Fremdkapitalanteil im Unternehmen überschaubar zu halten und damit auch krisenfest zu bleiben.



Steuerlicher Verwaltungsaufwand in der Krise

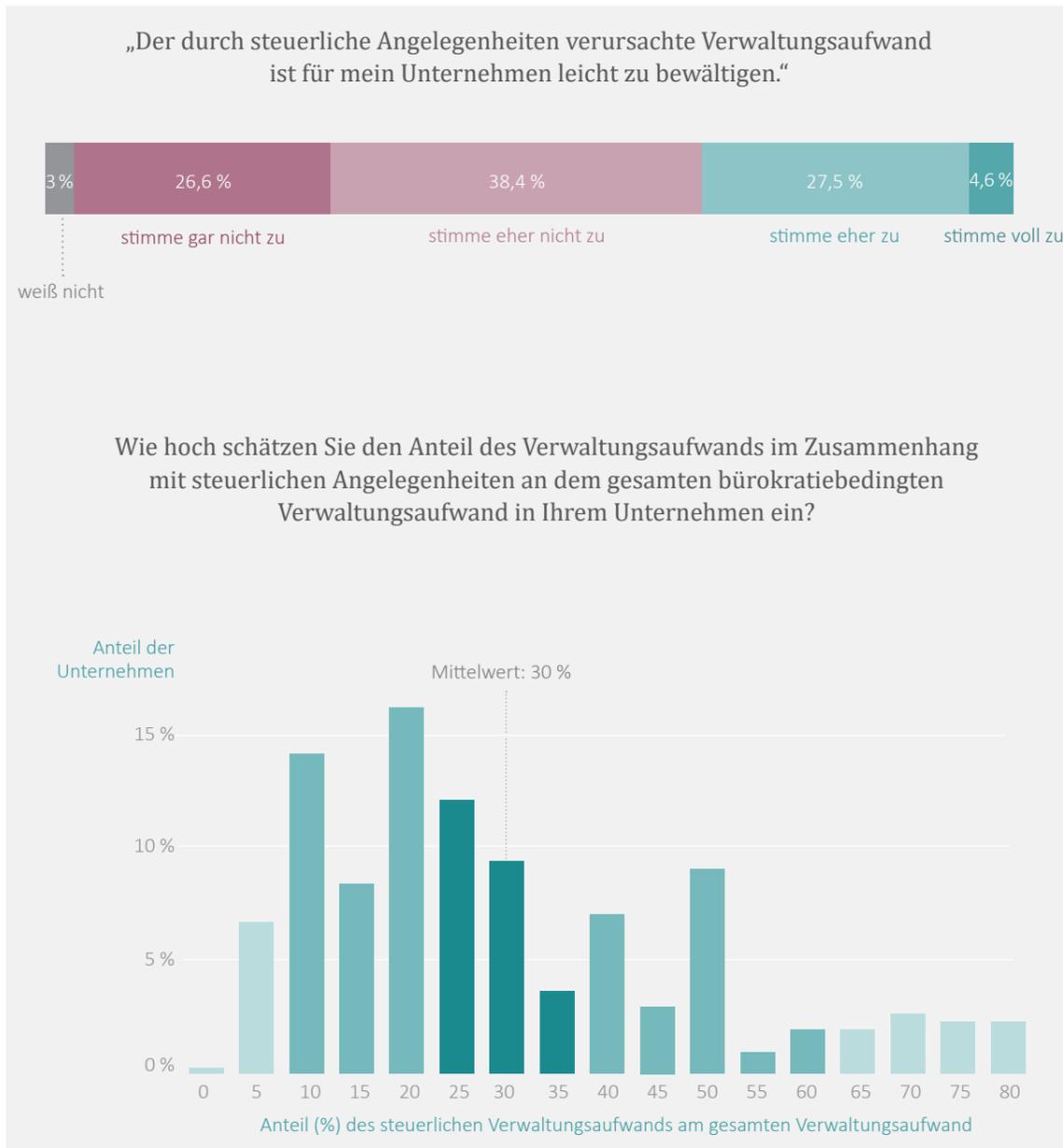
Insbesondere in Krisenzeiten können bürokratische Belastungen Unternehmen vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Daher wurde vonseiten der Bundesregierung eine „unbürokratische Bearbeitung“ von Anträgen auf steuerliche Erleichterungen im Zusammenhang mit der Corona-Soforthilfe angekündigt. Die befragten Unternehmen zeigen sich diesbezüglich skeptisch: Lediglich 34,1 % der Unternehmen vertrauen auf eine „unbürokratische Bearbeitung“ der Anträge. Die Mehrheit der befragten Unternehmen vertraut hingegen nicht darauf (41,3 %) oder ist sich diesbezüglich unsicher (24,6 %). Mit Blick auf die Unternehmen, die bereits Förderungen in Anspruch genommen haben, zeigt sich ein positiveres Bild: 39,5 % dieser Unternehmen glauben an eine „unbürokratische Bearbeitung“ der Anträge.



Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass Unternehmen wenig Vertrauen in die unbürokratische Bearbeitung steuerlicher Hilfsmaßnahmen haben. Jedoch zeigt sich auch, dass diese negative Haltung weniger stark ausgeprägt ist, sofern eine Corona-Fördermaßnahme in Anspruch genommen wurde. Dies deutet auf positive Erfahrungen im Rahmen der Beantragung von Fördermaßnahmen hin. Nichtsdestotrotz bleibt die Zustimmung unter 40 %.

Steuerlicher Verwaltungsaufwand im Allgemeinen

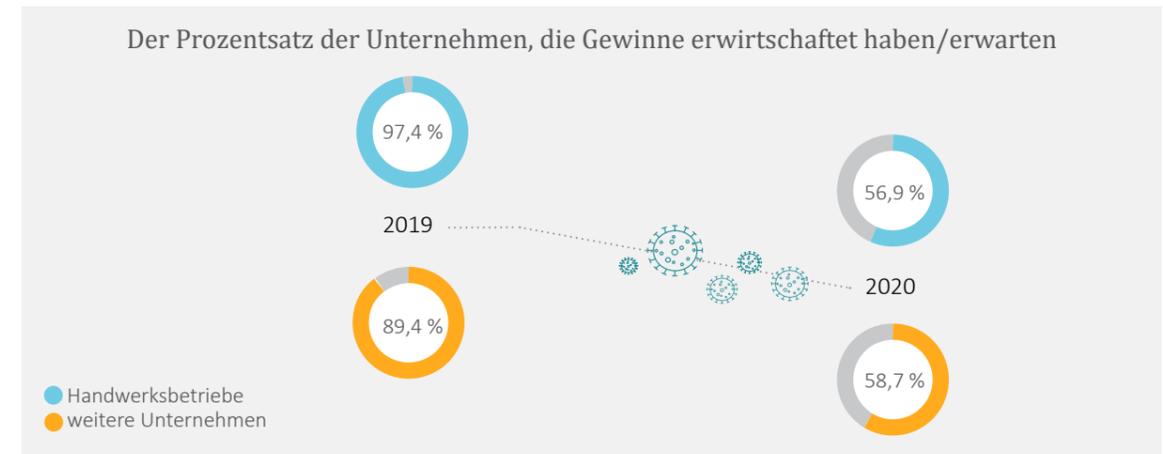
Dass der steuerliche Verwaltungsaufwand in weiten Teilen als beachtlich wahrgenommen wird, zeigen auch die weiteren Ergebnisse der Befragung: Circa zwei Drittel der partizipierenden Unternehmen stimmen gar nicht oder eher nicht zu, dass der durch steuerliche Angelegenheiten verursachte Verwaltungsaufwand leicht zu bewältigen ist (64,9 %). Der Anteil des steuerlichen Verwaltungsaufwands am gesamten unternehmerischen Verwaltungsaufwand wird von den Befragten im Mittel auf 30,0 % geschätzt.



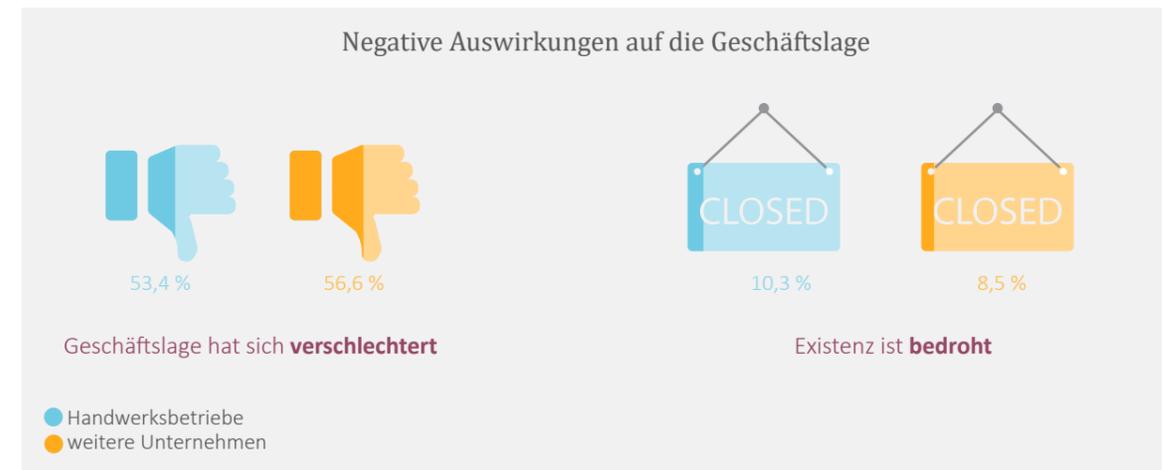
Unternehmen, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an steuerlichen Verwaltungskosten wahrnehmen, stimmen gar nicht oder eher nicht zu, dass der durch steuerliche Angelegenheiten verursachte Verwaltungsaufwand leicht zu bewältigen ist (77,1 %). Dies sind insbesondere Unternehmen, die durch die Corona-Krise eine Existenzbedrohung erfahren.

Handwerksbetriebe vs. weitere Unternehmen

Die Folgen der Corona-Krise haben sowohl für Handwerksbetriebe als auch für die weiteren Unternehmen insgesamt ähnliche Auswirkungen:



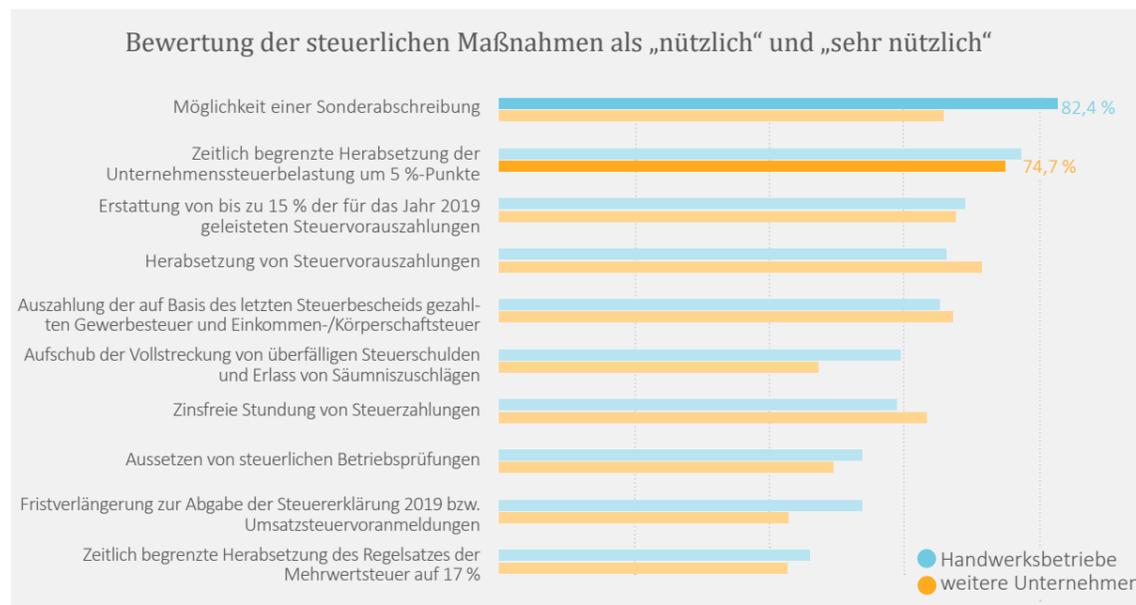
Auch die Auswirkungen auf die Geschäftslage und das Ausmaß der Existenzbedrohung sind in beiden Gruppen ähnlich:



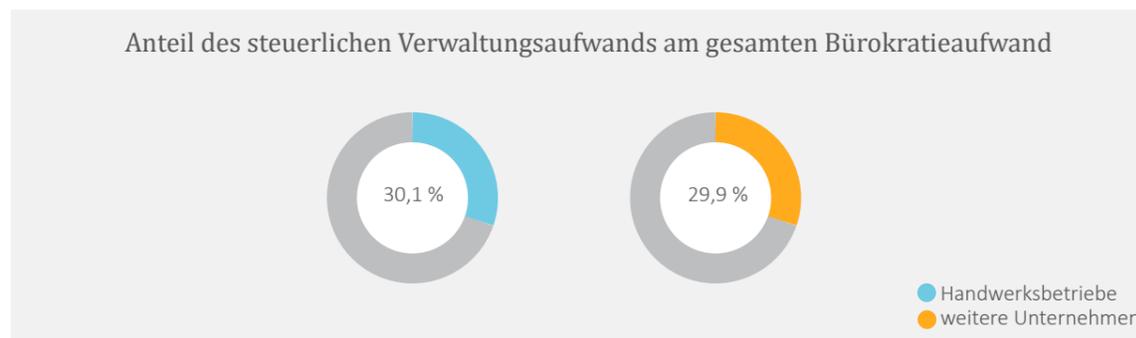
Der Anteil der Gewinner in der Krise fällt in den beiden Gruppen jedoch unterschiedlich aus. Weniger Handwerksbetriebe vermelden eine bessere Geschäftslage, als dies bei den weiteren Unternehmen der Fall ist:



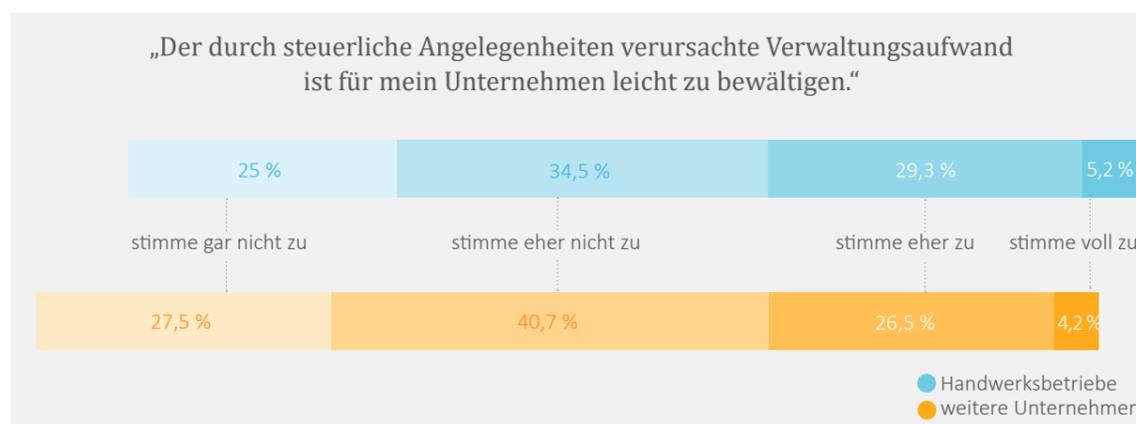
Bezüglich der Bewertung der nicht-steuerlichen Maßnahmen zeigt sich, dass Handwerksbetriebe die Maßnahmen insgesamt positiver beurteilen als Unternehmen, die nicht zu den Handwerksbetrieben zählen. Und auch bei der Bewertung, welche steuerlichen Maßnahmen als „(sehr) nützlich“ eingeschätzt werden, zeigen sich Unterschiede:



Der steuerliche Verwaltungsaufwand wird im Vergleich zum gesamten Verwaltungsaufwand im Durchschnitt ähnlich eingeschätzt:



Bei den Antworten auf die Frage, ob der durch steuerliche Angelegenheiten verursachte Verwaltungsaufwand für das Unternehmen leicht zu bewältigen ist, zeigen sich ebenfalls keine auffälligen Abweichungen:



Themen, die die befragten Unternehmen beschäftigen³



³ Die obige Darstellung umfasst einen Überblick der am häufigsten genannten Wörter zu der Frage, ob es weitere Anmerkungen zu den Themen steuerliche Verwaltungskosten und Corona-Soforthilfen gibt. Die Größe der Wörter repräsentiert die Häufigkeit der Nennung.

Danksagungen

Für wertvolle Hinweise bei der Konzeption des Fragebogens bedanken wird uns ganz herzlich bei:

Kay Blaufus (Leibniz Universität Hannover)

Martin Fochmann (Freie Universität Berlin)

Vielen Dank an die Organisationen, die uns bei der Verbreitung unseres Fragebogens zu steuerlichen Verwaltungskosten, steuerlichen Corona-Soforthilfemaßnahmen und Investitionen in der Krise unterstützt haben.

Deutsche Bank (Marktgebiet Ostwestfalen)

Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld

Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld

Kreishandwerkerschaft Paderborn-Lippe

Kreissparkasse Bersenbrück

Sparkasse Paderborn-Detmold

VerbundVolksbank OWL

*Die Interpretation der Daten liegt im Verantwortungsbereich der Autor*innen und spiegelt nicht zwangsläufig die Meinungen der unterstützenden Organisationen wider.*

Sonderforschungsbereich

Diese Befragung wurde im Rahmen des Teilprojekts B08 „Tax Burden Transparency“ des DFG-geförderten Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“ durchgeführt.

Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich. Unser Team von mehr als 80 engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Derzeit arbeiten wir an tiefergehenden Detailauswertungen und verwandten Fragestellungen. Interessiert? Bleiben Sie mit uns in Kontakt und abonnieren Sie unseren TRR 266 [Newsletter](#), unsere [Blog Posts](#) und/oder unsere Social Media-Kanäle ([Twitter](#), [LinkedIn](#) & [Xing](#)).



Kontaktinformationen

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und einen spannenden Diskurs zu unseren Forschungsergebnissen. Kontaktieren Sie uns gerne.



Prof. Dr. Caren Sureth-Sloane

Universität Paderborn

T. 05251 60 1781

E. caren.sureth@upb.de



Prof. Dr. Ralf Maiterth

Humboldt-Universität zu Berlin

T. 030 2093 99021

E. ralf.maiterth@hu-berlin.de



Vanessa Heile

Universität Paderborn

T. 05251 60 1786

E. vanessa.heile@upb.de



Hans-Peter Huber

Humboldt-Universität zu Berlin

T. 030 2093 99027

E. h-p.huber@hu-berlin.de



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

www.accounting-for-transparency.de

Projekt B08:

www.accounting-for-transparency.de/project/tax-burden-transparency



Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency